



## Widersprechende Berichte aus München

### Spartaker aus Düsseldorf verjagt; Sovietkongress will Reichstag abschaffen; sächsischer Kriegsminister ermordet

### Siebenstündiger Arbeitstag für die Bergleute

Berlin, 14. April. (Von Franz N. Taylor.) — Für jeden, der nicht in München anwesend ist, sind die dortigen Zustände ein Rätsel. Es ist so fraglich, ob die Bevölkerung Münchens selbst weiß, was in ihrer Mitte vorgeht. In rascher Aufeinanderfolge wird gemeldet, daß die dortige Sovietrepublik gestürzt ist, dann wieder, daß dieselbe wieder hergestellt wurde, und schließlich, daß Bolschewiki und Sozialisten beide in resp. Regierungen eingetreten sind. Einer neuen Diktatur zufolge sollen in München Straßenkämpfe toben, ohne Angabe, wer die Gegner sind und welche Seite bei denselben siegreich ist. Mehrere Fabrikschiffe Bayerns sind den Spartakern entzogen worden.

In München sind die Spartakere in Paaren getrieben worden, und die Regierung hat Bayern militärische Unterstützung gegen die Soviets angeboten.

Der Nationale Soviet Kongress in Berlin bespricht die Etablierung einer aus Arbeitern bestehenden Gruppe, welche den Reichstag ersetzen soll. Die Majoritätssozialisten befürworten die Einsetzung einer geteigerten Körperschaft mit denselben Rechten, wie sie der Reichstag hat. Kanzler Scheidemann opponiert beiden Plänen.

**Spartaker in Düsseldorf geschlagen.**  
Düsseldorf, 14. April. — Samstagabend und Sonntag trafen Regierungstruppen die verhassten Spartaker im südlichen Stadtteil Düsseldorf an und vertrieben sie nach starker artillerischer Tätigkeit. Die meisten Spartaker brachten sich durch Suizid in Sicherheit.

**Soviets verlieren in Bayern.**  
Berlin, 14. April. — In ganz Bayern macht sich ein Gefühl der Mißachtung gegen die Sovietregierung breit; dieselbe hat infolge ihrer Unbeschränktheit, Unfähigkeit und eigentümlichen Methoden den Unwillen der Bevölkerung hervorgerufen. Regensburg, Schweinfurt, Würzburg und Augsburg sind wieder zur sozialistischen Verwaltung zurückgeführt und haben den Soviets die Gefolgschaft aufgegeben. Andere Städte werden deren Beispiel folgen. In München stehen sie den vereinten Kräften der Bourgeoisie und des Bauernbundes gegenüber. Die sozialistische Hoffmann-Regierung hat den Abgeordneten in Weimar nach München geschickt, um dieselbe dort zu vertreten. Er hat alle Machtbefugnisse erhalten. Die von der dortigen Sovietregierung erteilten Verordnungen sind aufgehoben worden.

Späteren Nachrichten zufolge sind die Soviets in München von der Garnison gestürzt worden.

**Die Lage in Sachsen.**  
Berlin, 14. April. — In Sachsen ist das Kriegsgesetz erklärt worden. Es wird angenommen, daß Sachsen der nächste Staat in Deutschland sein wird, der die Sovietregierung einführen wird. Die unabhängigen Sozialisten sollen einen derartigen Plan durchzuführen; in parlamentarischen Kreisen zu Weimar aber glaubt man nicht, daß diese Gefahr unmittelbar bevorsteht. In den Kohlenbergwerken Zwickau ist ein Streik proklamiert worden.

**Truppen nach Braunschweig.**  
Berlin, 14. April. — General Morfers Truppen sind nach Braunschweig beordert worden, um die Verbindung mit dem übrigen Teil des Reiches aufrecht zu erhalten. Die Soviets scheinen dort die Oberhand zu haben. Studenten der Universität Leipzig haben sich zum Schutz der deutschböhmischen und deutschpolnischen Grenze freiwillig den Truppen angeschlossen. Die Universität ist geschlossen worden und wird nicht eher eröffnet werden, bis die Gefahr verüber ist. Die Fakultät hat diesen Schritt gutgeheißen. Andere Universitäten sind aufgefordert worden, dem Beispiel Leipzigs zu folgen.

**Sächsischer Kriegsminister ermordet.**  
Rosenhagen, 14. April. — Ungewöhnliche Soldaten, denen der sächsische Kriegsminister Reuring eine Audienz verweigerte, haben die in Dresden ermordet. Das Amtsgebäude Reurings wurde von Demonstranten gestürmt, der Kriegsminister hinausgeschleudert, in die Elbe geworfen, und als er versuchte, das Ufer schwimmend zu erreichen, durch Gewehrschüsse getötet. Vermordeten Soldaten, die sich in Hospitälern Dresdens befanden, wurde von dem Kriegsminister nur Friedenslösung zugesprochen, aus welchem Grunde diejenigen, welche dazu instanden waren, eine Protestversammlung in einem Theater abhielten. Kommunistische Redner entflammten die Zuhörer zur höchsten Wut, worauf diese nach dem Gebäude des Kriegsministeriums marschierten und die Wachen übermächtigten. Die Regierungstruppen weigerten sich, auf die Menge zu feuern und legten die Waffen nieder, sich der Menge anschließend. Reuring wurde in dem obersten Stockwerk des Gebäudes, wohin er sich geflüchtet hatte, vorgefunden, schwer mißhandelt und schließlich in die Elbe geworfen. Als er versuchte, ans Land zu schwimmen, wurde auf ihn geschossen und er versank in der Flut.

**Siebenstündiger Arbeitstag.**  
Koblenz, 14. April. — Der sozialistische Reichstags-Abgeordnete Schöpe machte in der Nationalversammlung die Ankündigung, die Regierung habe sich damit einverstanden erklärt, eine Gesetzvorlage zu begünstigen, welcher gemäß Bergleuten ein siebenstündiger Arbeitstag bewilligt werden wird. Die Bergleute in Westphalen haben sich mit einem siebenstündigen Arbeitstag zufrieden gegeben, und die Arbeit wird dort bald wieder aufgenommen werden.

**Von Präsidentschaft ausgeschlossen.**  
Weimar, 14. April. — Der Ausschuss, welcher die Reichsverfassung ausarbeitet, hat dieselben einmündig dem Kaiser abgelehnt, mit welchem während der Dauer der nächsten 15 Jahre keine Person zum Präsidenten des Deutschen Reichs ernannt werden kann, die königlichen Blutes ist.

**Kriegsbraut kommt als Schiffsarbeiter.**  
New York, 14. April. — Unter der Befahrung der Samstag angekommene Transportdampfer befand sich auch ein Regler als Schiffsarbeiter, der sich bald als Frau Bayer von Marcellus, Frankreich, entpuppte. Die Seemannschaft, der sie erlag, hatte ihre Geheimnisse verraten. Sie ist die Braut Michael Wads von Muncie, Ind., eines Bootsmanns der Marine.

**Das junge Paar hatte die französischen Vorschriften zum Abschluß einer Trauung zu zeitaufwendig gefunden und beschlossen, in den Vereinigten Staaten getraut zu werden.**

**Lehrermangel.**  
Washington, 14. April. — Dr. James F. Hanna, vom Büro für Erziehung, sagte heute einen permanenten Mangel an Lehrern in verschiedenen Staaten voraus. Er führte aus, daß ein Drittel der Ver. Staaten sich anderer Beschäftigung zugewandt, meist Kriegsbeschäftigung; daß er für diesen Monat 3,000 mehr Lehrlinge für Lehrer erwarte; daß etwa 50,000 Lehrer fehlen und viele von denen, die als Lehrer eingestellt worden seien, wieder resigniert oder sich als ungenügend erwiesen hätten.

**Der Mangel betraf die meisten an dem Lande und in kleinen Hochschulen. Spezialfächer, wie Chemie, wurde an vielen Orten nicht mehr gelehrt, da die Lehrer fehlten.**

**Debs lang im Zuchthaus an.**  
Mondsville, W. Va., 14. April. — Eugene V. Debs, verschiedener Male Präsidentschaftskandidat der Sozialisten, begann heute seinen zehnjährigen Zuchthausstrafe hier. Er war wegen aufrührerischen Aussprüchen gelegentlich einer Rede in Canton, O., verurteilt worden.

**R. A. Howell hat seinen Kampf um Wasserrechte verloren.** Das Haus hat die Senate Bill 240, die vom Senat angenommen war, mit 22 gegen 38 Stimmen verworfen. Das Haus hat Samstag zahlreiche andere Vorlagen erledigt.

## Noch ein Sprachen-Verbot in Aussicht genommen

Alle öffentlichen Versammlungen außer religiösen und Logenversammlungen müssen in englischer Sprache geführt werden.

Lincoln, 14. April. — Die jetzige Legislatur wird Nebraska ein weiteres Sprachenverbot beschließen. Samstag wurde im Haus-Sitzungskomitee kurz vor Abschluß der Zeit, in welcher Vorlagen einberichtet werden konnten, noch heftigen Kampf befohlen. Senate File 237 einzuzeichnen, eine Vorlage, die im Senat von Senator Peter Reed und Fred Johnson eingebracht worden war und dort bereits angenommen wurde, im Haus günstig eingeleitet. Senator Reed und seine Helfer hatten die Vorlage im Haus-Sitzungskomitee mit Argusaugen verfolgt, doch sie im letzten Moment ihr fanatisches Machwerk retten konnten. Es war die letzte Bill, die im Haus auf General File gelangte.

Die Vorlage bedingt, daß in allen öffentlichen Versammlungen im Staat nur die englische Sprache benützt werden darf. Ausgenommen sind religiöse Versammlungen und Versammlungen von Logen.

Der Wortlaut der Bill in englischer Sprache ist wie folgt:

"Hereafter, all public meetings held within the State of Nebraska, meetings held in compliance with provisions of the statutes; political meetings or conventions, whether delegate or otherwise, and all meetings or conventions the purpose and objects of which are the consideration and discussion of political or non-political subjects or questions of general interest, or relating to the well-being of any class or organization in the State of Nebraska, or for the endorsement or rejection of any candidates, law or measure to be voted upon at any election within said state, shall be conducted in the English language exclusively.

"Providing, the provisions of this act shall not apply to meetings or conventions held for the purpose of religious teachings, instruction or worship, or lodge organizations.

"Any person violating the provisions of this act shall be deemed guilty of a misdemeanor and upon conviction thereof shall be fined in any sum not less than \$10 nor more than \$100."

Sobald je Vorlage im Haus als Komitee des Senats zur Sprache gelangte, beantragte der Abgeordnete Maars die Vernehmung der Vorlage. Er sagte, es sei endlich genug des grausamen Sprachspiels seitens dieser Legislatur. Es sei nicht, als ob ihre Mitglieder nichts anderes als Sprachengesetze im Kopfe hätten. Es wäre Zeit damit halt zu machen.

Der Abgeordnete Behrens sagte, es sei soweit gekommen, daß vom Haus niemand als Amerikaner anerkannt würde, dessen Vizee nicht in England entstanden habe.

Die Abgeordneten Kearny, Tracowell und Sandquist forderten in kurzen Worten die Annahme der Vorlage. Die Hauptrede für die Vorlage hielt Vorum, der als Mitglied vom Erziehungs-Komitee bekanntlich die Pfarrschulen-Vorlage und die Antisprachen-Vorlage durchsetzte. Vorum sagte, eine Legislatur, die jene zwei Vorlagen angenommen, dürfe nicht zögern, auch diese Sprachenvorlage anzunehmen. Er meinte die Vorlage würde ja niemanden davon abhalten, fremde Sprachen in ihren Wohnungen, auf der Straße, oder sonstwo, außer in öffentlichen Versammlungen zu sprechen. Er habe gehört, daß gewisse Organisationen in dieser Zeit öffentliche Versammlungen bei Benutzung fremder Sprachen abhalten und daß dabei gegen die Staats- und Bundesregierung gesprochen werde. Das sei Sedition, die ausgerottet werden müsse.

Zern Howard forderte wieder, daß es "in der Bill die 'amerikanische Sprache' anstatt 'englische Sprache' heißen solle, worauf Briggs antwortete, daß das indiansch sei, das niemand verstehe. Nun wurde über Maars Antrag, die Vorlage zu verwerfen, abgestimmt. Es antworteten aber nur wenige im ganz verjagten Ton zu, worauf der Antrag verworfen erklärt und die Vorlage zur Annahme empfohlen wurde.

R. A. Howell hat seinen Kampf um Wasserrechte verloren. Das Haus hat die Senate Bill 240, die vom Senat angenommen war, mit 22 gegen 38 Stimmen verworfen. Das Haus hat Samstag zahlreiche andere Vorlagen erledigt.

## Ebertregierung macht scharf gegen die Münchener Umstürzler

Bill mit aller Macht die Regierung des Mehrheitssozialisten Hoffmann gegen die Umstürzler unterstützen.

Von Karl G. von Diegand, (Stabskorrespondent der Täglichen Omaha Tribune und der N. J. Sun. Copyright 1919; alle Rechte vorbehalten.)

Berlin, 8. April. (Berthel.) — Die sozialistische Koalitions-Regierung von Präsident Ebert und Kanzler Scheidemann stellt sich an die Seite der von den bayerischen Majoritätssozialisten gebildeten Regierung unter Premier Hoffmann und ist entschlossen, diese nicht nur moralisch, sondern, wenn nötig, auch materiell gegen die "Münchener Karneval Extrablog", wie sie von dem deutschen Wehrminister Roste bezeichnet wurde, zu unterstützen.

Mit dem Rücken gegen die Wand ist die Regierung Eberts entschlossen, um ihre eigene Existenz zu kämpfen und gegen den Vormarsch des Bolschewismus und die Pläne der Spartaker, welche auf die Errichtung einer Soviet-Regierung in Deutschland abzielen, anzukämpfen.

Diese wichtigen Entschlüsse wurden in einer Kabinettsitzung gefaßt, welche bis tief in die Nacht hinein währte. Heute morgen begab sich die Regierung aus verschiedenen Gründen und mit der Absicht, der Möglichkeit eines politischen Rückfalls vorzubeugen, nach Weimar, während Wehrminister Roste in der Hauptstadt zurück blieb, um die Lage zu benehmen.

**Berlin ein Truppenlager.**

Anfänglich des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte, welcher heute morgen im früheren preussischen Herrenhaus seine Tagung eröffnete, bietet Berlin heute ein militärisches Bild, wie man es in den Tagen des Kaiserreiches gesehen hat. Roste hat den Revolutionären russischer Richtung gegenüber keinen Zweifel darüber gelassen, daß er zum Kampf entschlossen ist. Wilhelmstrasse und die Nähe des Herrenhauses gleichen einem Truppenlager. Vor dem Kanzler-Palais, der Amtswohnung Scheidemanns, der mit anderen Ministern nach Weimar abreiste, stehen zwei Feldgeschütze und eine Anzahl Maschinengewehre, welche auf den kleinen Park zwischen dem Gebäude und der amerikanischen Botschaft gerichtet sind. Auf dem mit Gras bewachsenen Hof steht ein schlafendes Soldat.

Vor dem Auswärtigen Amt halten zwei Panzerwagen mit Soldaten, und auf jedem ist ein Maschinengewehr aufgestellt. Zwei schwere Feldgeschütze, die auf Automobilen aufgestellt sind, stehen in der Mitte der Straße vor dem Kanzler-Palais und beherrschen alle Zugänge. Die bereitgestellte Munition besteht aus Schrapnellgeschützen für kurze Distanz. Die Höhe der Regierungsgebäude auf beiden Seiten der Wilhelmstrasse und das Herrenhaus sind mit ausgewählten Soldaten angefüllt, unter welchen man zahlreiche junge Juristen und Kadetten erblickt.

Nicht wenige dieser Soldaten sind gut ausgebildete junge Leute von kräftiger Haltung und Gestalt, gut ausgerüstet und etwa 17 Jahre alt. Sie sind vor den Gebäuden und auf den Straßen aufgestellt, sie kontrollieren die Gänge und suchen den Anstößigen nach verdorbenen Waffen ab. Der Kaiser in seinen schlichten Tagen hat niemals einen derartigen militärischen Apparat zu seinem Schutz benötigt wie die neue Republik mit all ihrer Unfähigkeit. Man braucht nur einen Blick auf die Tische der Delegaten zu werfen, um zu verstehen, wie tief Deutschland gefallen oder wie hoch es sich erheben hat, je nach dem Standpunkt, auf welchem einer stehen mag.

**Die Gefahr von München.**

Bis 1 Uhr nachmittags war die Stadt ruhig. Streiks begannen heute morgen in den Banken und in einigen kleineren Fabriken, und in Regierungskreisen war man überzeugt, daß die Ereignisse in München eine ständige Gefahr für das ganze Reich bilden. Daher erfolgte auch der Befehl, den bayerischen Premier Hoffmann zu unterstützen und die Kommunisten in der bayerischen Hauptstadt zu stützen. Premier Hoffmann war letzte Woche in Berlin und diskutierte mit den Behörden die Lage und die Ausfüh-

ten. Man einigte sich dahin, daß er den Sitz seiner Regierung sofort von München nach Bamberg verlegen sollte, und wie ich höre, hat ihm Roste 50,000 Mann, alles Bayern und unter bayerischer Führung, zum Schutz angeboten. Mit diesen Truppen, mit den Resten treuer Divisionen in Nord-Bayern und Nürnberg soll Hoffmann gegen München marschieren, während man überall nach einem starken Mann sucht, der in Bayern die Rolle spielen kann, die Roste in Preußen spielt.

Das deutsche Kabinet hat die Frage, ob man Hoffmann mit preussischen Truppen unterstützen soll, lange diskutiert. Eine Anzahl von Ministern war dagegen, weil sie sich klar machten, daß das zum offenen Bürgerkrieg in München führen müsse.

Mit der Revolution in München hat der Feldmarschall des Volksherrn, Lenin, einen bemerkenswerten Sieg in Deutschland errungen. Seine Propagandisten sind jetzt dabei, die Soviet-Ideen immer weiter westwärts zu tragen, in der Hoffnung, bis an den Rhein zu kommen und hier auch die Entente-Truppen zu infizieren, während im Norden der Spartakerbund dieselbe Arbeit in Preußen leistet soll.

**Bittere Vorwürfe gegen Roste.**

Unabhängige und Kommunisten überhäufen Roste mit bitteren Vorwürfen und behaupten, daß er Straßenkämpfe provozieren wolle, um rücksichtslos eingreifen zu können. Seine Kruppen in Berlin werden auf mindestens 30,000 Mann geschätzt, die gleich verteilt worden sind, um gegen bedrohte Punkte geworfen werden zu können.

Zu übrigen ist man sich durchaus nicht einig darüber, wie weit man in der Anwendung der Gewalt gehen soll. Ein Regierungsbeamter sagte: "Wenn wir die Wirren mit der nötigen Wut und Kraft niederzuschlagen, werden uns die Feinde der Alliierten Rücksichtslosigkeit und Militarismus vor. Wenn wir nicht prompt einschreiten, heißt es, daß wir dem Bolschewismus totes Spiel bieten. Sollte es uns gelingen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und ein Bollwerk gegen die rote Flut zu errichten, dann wäre das deutsche Volk davon überzeugt, daß die Sache nicht die Opfer wert gewesen sei, weil die Alliierten das doch nicht anerkennen, sondern nur zum Anlaß nehmen würden, um noch mehr aus uns herauszuschlagen."

Nur ein schneller Frieden, der mit Unfähigkeit aufträme, könnte diesen Gefühlen entgegenwirken. Die Lage ist derart, daß irgend etwas passieren mag, aber man erwartet keinen wichtigen Zusammenstoß, bis der Versuch unternommen wird, die bayerische Soviet-Regierung zu stützen.

**Verdorbene Nahrungsmittel.**

Dieses Regierungsamt befürchtet, daß die Radikalen versuchen werden, Berlin durch einen Generalstreik zu isolieren, und wenn man bedenkt, daß am Rhein und an der Ruhr bereits 400,000 Mann feiern, so sind das ohne Zweifel schlimme Ausblicke.

Nebenbei lief heute auch das Gerücht um, daß das Schweinefleisch, welches die Alliierten schicken, von kranken Tieren herkam und in der Tat waren einige der hier eingetroffenen Vorräte ungenießbar, weil sie zu lange in Lagerhäusern gelegen hatten.

Ein anderes Gerücht will wissen, daß die drei Seeflässe, Hamburg, Bremen und Lübeck in den nächsten Tagen zu einer Sozial-Soviet-Republik zusammengelöst werden sollen, was ein schwerer Schlag sein würde, zumal die amerikanische Nahrung durch diese Häfen kommen muß.

München feiert noch seine Revolution. Einer der ersten Schritte war die Sozialisierung der Zeitungen, und der nächste Schritt soll darin bestehen, daß man Budapests Beispiel befolgen und alles Privatvermögen über \$2000 als Staatsvermögen erklären will. Auf der anderen Seite feiert auch Budapest die roten Tage von München mit, in Bezug auf die Sozialwahlen in Ungarn ist der Ausgang sicher, weil nur Arbeiter und Arbeiterinnen die Wahlzettel erhalten haben und alle anderen Klassen des Wahlrechts einfach beraubt sind.

Die gemeldet wird, hat die ungarische Soviet-Regierung auch Kamptgegenstände aller Art beschlagnahmt und eine Ausstellung eröffnet, welche für den Proletariat frei ist, während der Bourgeoisie 50c Eintritt geboten muß. In dieser Ausstel-

## Eine weitere Rede Wilsons erwartet

### Wird in derselben jedenfalls Lloyd Georges Standpunkt verteidigen; deutsche Delegaten am 25. April nach Versailles berufen

### Der Neuentwurf der Völkerliga-Konstitution

Paris, 14. April. (Von Carl D. Groat.) — Es wird erwartet, daß Präsident Wilson im Laufe des heutigen Tages eine Erklärung über die Fortschritte der Friedenskonferenz abgeben und darlegen wird, daß die Arbeiten derselben nahezu vollendet sind.

Ganz unerwartet hielt die "Großen Vier" gestern zwischen 6 und 8 Uhr abends eine Konferenz ab, um sich auf einige Einzelheiten zu einigen, damit Lloyd George Gelegenheit findet, noch heute nach London abzureisen. Dieser möchte genau in Erfahrung bringen, wann die deutschen Friedensdelegaten nach Versailles eingeladen werden sollen. Er will in einer Rede vor dem Parlament Rede und Antwort stehen; er soll erklären, warum er sein während der Wahlkampagne gegebenes Versprechen, daß Deutschland alle Kriegsschulden zu tragen habe, nicht eingelöst hat. Man erwartet, daß Wilson in seiner heute zu erwartenden Rede Lloyd George beiratsuchen und erklären wird, warum dieser sein Versprechen nicht eingelöst konnte.

Nations-Ansprüche sollen auf der heutigen Konferenz der "Großen Vier" zur Sprache kommen. Es heißt, daß es zwischen dem italienischen Ministerpräsidenten Orlando und dem italienischen Minister des Auswärtigen Sonnino zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Die Anhänger des Ersteren sollen sich damit einverstanden erklärt haben, Fiume zum Freihafen zu machen, während diejenigen Sonninos drohen, sich von der Konferenz zurückzuziehen, falls Fiume nicht an Italien fällt.

Präsident Wilson ist außerordentlich und hoffnungsvoller, wie vor einer Woche. Seine Freunde sagen von ihm, daß er geacquiriert und entschlossen ist, sein Programm durchzusetzen. Sie erklären, der George Washington wird benutzt werden, falls die Dinge nicht den Verlauf nehmen sollten, wie es jetzt den Anschein hat.

**Japan unterliegt**  
Paris, 14. April. — Die Völkerbundkommission der Friedenskonferenz hat den von den Japanern geforderten Konstitutionsentwurf der Völkerliga verworfen, wie aus autoritativer Quelle verlautet. (Zu einer Sabotage wurde fälschlich gemeldet, der Zusatz sei von der Kommission mit 11 gegen 6 Stimmen angenommen worden.)

Einige Mitglieder der Kommission stimmen gegen den japanischen Zusatz und da ein einstimmiges Votum nötig ist, so fiel derselbe, trotz der fähigen und warmen Verteidigung des Barons Makino und Viscount Ginda.

**Keine Einmütigkeit in die Monroe Doktrin.**

Die zum Vunde gehörigen Staaten verpflichten sich: a) ihre Missionen zu vermindern nach den Plänen, welche der Rat vorzuschlagen und von ihnen gutgeheißen werden, und ihre Missionen nicht ohne Zustimmung des Rates zu vermehren; b) untereinander volle Informationen über ihre bestehenden Heere und ihre Flotten, und Veresprogramme austauschen; c) gegenseitig ihren Länder- und ihre Unabhängigkeit zu respektieren und Gewalt gegen fremde Angriffe auf sie zu leisten.

d) Alle internationalen Streitfragen sind entweder schiedsgerichtlicher Behandlung oder einer vom Völkerbundstrat angezeigten Erhebung zu unterbreiten, wobei jedoch letztere keine Meinung über irgend einen Streitfall auszusprechen darf, deren Gegenstand lediglich innerhalb der häuslichen Zuständigkeit eines Staates fällt. In keinem Fall darf Krieg begonnen werden, bis drei Monate nachdem ein Schiedsgericht oder eine einhellige Empfehlung erfolgt ist. Und dann darf kein Krieg mit einem Staat eingeleitet werden, welcher den Schieds-

ung befindet sich auch die berühmte Kundmachung des früheren Außenministers Grafen Julius A. Grafen.

**Wetterbericht.**

Für Omaha und Umgebung: veränderlich und Regen, kälter heute abend und Dienstag zum Teil bewölkt.

Für Nebraska: veränderlich und kälter heute abend, Regen im zentralen und östlichen Teil, Dienstag schon im westlichen Teil; bewölkt im östlichen Teil.

Für Iowa: Regen heute abend, bewölkt auch Dienstag morgen, kälter im zentralen Teil heute abend und östlichen Teil Dienstag, Stürme heute und Dienstag.